Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 34. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
20. Januar 2011	**14:15 Uhr**	**15:15 Uhr**	Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.12.2010	
TOP 3	Vorstellung des Vorsitzenden des Landesausschusses Weiterbildung und Erläuterung der Aufgaben des Ausschusses	
TOP 4	Änderung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen (2. Befassung)	Vorlage L142/17
TOP 5	Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. Mai 2011	Vorlage L143/17
TOP 6	Verordnung über die berufsbegleitende Ausbildung zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation (Berufsbegleitende Lehramtsausbildungsverordnung) (2. Befassung)	Vorlage L144/17
TOP 7	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen (2. Befassung)	Vorlage L145/17
TOP 8	Verschiedenes	

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt alle Anwesenden und wünscht ihnen viel Glück, Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr.
Der Tagesordnungspunkt 4 „Änderung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen (2. Befassung), wird einstimmig ausgesetzt.

Die Tagesordnung wird mit der vorstehenden Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.12.2010

Das Protokoll der Sitzung vom 02.12.2010 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Vorstellung des Vorsitzenden des Landesausschusses Weiterbildung und Erläuterung der Aufgaben des Ausschusses

Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt Herrn Rippien und dankt ihm für die Bereitschaft, der Deputation für Bildung die Zusammensetzung und Aufgaben des Landesausschusses für Weiterbildung (LAWB)vorzustellen.
Herr Rippien erläutert, dass neben dem Förderausschuss, der insbesondere für die Beratung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft in Weiterbildungsfragen zuständig ist, der LAWB für die Überprüfung der Programme und Förderrichtlinien und für die allgemeine Beratung des Senats in Fragen der Weiterbildung und Erwachsenenbildung zuständig ist. Hierzu gehört auch die Beratung in Fragen des DQR.
Der Ausschuss befasse sich intensiv mit Themen wie Durchlässigkeit, Verzahnung der Bildungsbereiche, Aufbau eines trägerunabhängigen Beratungssytems und Weiterbildungsfragen im Zusammenhang mit dem Thema Migration. Auch die inhaltliche Begleitung von einschlägigen Gesetzesnovellierungen, wie kürzlich des BUG und des WBG gehören zu seinen Aufgaben. Hier sei die Zielsetzung der Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung durch eine Änderung des Fördermodells und die Flexibilisierung des Bildungsurlaubes sehr im Sinne des Ausschusses.
Frau Senatorin Jürgens-Pieper dankt Herrn Rippien für die Ausführungen, insbesondere zur Verknüpfung von Weiterbildung und Migration.
Es folgt eine kurze Aussprache in der Deputation.

TOP 4 Änderung des Gesetzes über die Weiterbildung im Lande Bremen (2. Befassung) Vorlage L142/17

- ausgesetzt, siehe TOP 1 -

TOP 5 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. Mai 2011 Vorlage L143/17

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Rahmenbedingungen und die Zielsetzungen der Verordnung, die bis zum Erlass einer Rahmenverordnung in regelmäßigen Abständen erforderlich sei um den Zugang zum Vorbereitungsdienst zu regeln. Frau Dr. Buhse (SfBuW) be-

antwortet Fragen betreffend der Nachfrage von Plätzen im Vorbereitungsdienst und zur Verteilung der Unterrichtsfächer.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Bildung stimmt der als Anlage beigefügten Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zu.

TOP 6 Verordnung über die berufsbegleitende Ausbildung zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation (Berufsbegleitende Lehramtsausbildungsverordnung); (2. Befassung) — Vorlage L144/17

Frau Senatorin Jürgens-Pieper führt in die Systematik und Zielsetzung der Verordnung ein. Auf Nachfrage erklärt Frau Dr. Buhse, dass die Verordnung nicht befristet werde, sie aber aufgehoben werde, wenn die Situation bei der Findung von Lehrkräften in Mangelfächern sich verbessere. Frau Senatorin Jürgens-Pieper bestätigt, dass die mit der Verordnung einhergehende Einstellung beruflich Qualifizierter auch eine Bereicherung im fachlichen Unterricht darstelle. Herr Siemer (Personalrat Schulen) fragt in diesem Zusammenhang nach dem Umsetzungsstand weiterer Qualifizierungsprogramme für Lehrkräfte.

Beschluss: einstimmig

Die Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf der Verordnung über die berufsbegleitende Ausbildung zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation (Berufsbegleitende Lehramtsausbildungsverordnung) in der Fassung der Anlage zu.

TOP 7 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen (2. Befassung) — Vorlage L145/17

Die Vorlage, insbesondere die Frage der von den Eltern vorzulegenden Erklärung, wird ausführlich erörtert, wobei die Deputierten unter anderem ihr Abstimmungsverhalten erläutern.

Beschluss: 9 Stimmen dafür (SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und DL) und
4 Stimmen dagegen (CDU und FDP)

Die Deputation für Bildung stimmt der Verordnung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in öffentliche allgemeinbildende Schulen gemäß der Anlage zu.

TOP 8 Verschiedenes

1.) Der Bericht „Von der Weiterbildung zur Hochschule“ wird verteilt.

2.) Frau Senatorin Jürgens-Pieper nimmt zur Presseberichterstattung zur Auswahl von Schülerinnen und Schülern als Wahlhelfer Stellung. Entgegen der Berichterstattung habe es eine zeitnahe Antwort auf das Anschreiben des Innensenators und eine abgestimmte Vorgehensweise im Senat gegeben. Sie weist darauf hin, dass der Einsatz von Schülerinnen und Schülern als Wahlhelfer in den Wahl- und Auszählvorständen über 4 Tage sowohl für die betroffenen Schülerinnen und Schüler als auch für die Schulen, die in diesem Zeitraum keinen neuen Stoff behandeln könnten, nicht hinnehmbar sei und Aspekte der politischen Bildung zumindest beim Auszählvorgang nicht zu erkennen seien. Auf Nachfragen von Herrn Fecker und Herrn Dr. Buhlert, erläutert sie, dass Schülerinnen und Schüler für einen Zeitraum, wie er in Bremerhaven vorgesehen sei, bzw. der 13. Jahrgang, der dann seine Abiturprüfungen hinter sich gebracht habe, für Wahl- und Auszählvorstände zur Verfügung stehen könnten.

3.) Frau Senatorin Jürgens-Pieper kündigt an, dass die Schulleitungen für den Umgang mit der seitens der NPD angekündigten Verteilung rechtsextremistischer CDs auf Schulhöfen sensibilisiert werden sollen. Hier gelte das von den Schulleitern auszuübende Hausrecht, welches eine rechtliche Handhabe gebe.

Senatorin

Sprecher

Protokollantin